

26.05.2026

Kleine Anfrage 8112

der Abgeordneten Volkan Baran, Anja Butschkau, Nadja Lüders, Dr. Dennis Maelzer und Ralf Stoltze SPD

Kontrollaktion in Problemimmobilien der Dortmunder Nordstadt – Schutz von Kindern und Jugendlichen während der Razzien

Am Mittwoch, den 4. März 2026, fanden in der Dortmunder Nordstadt öffentlichkeitswirksame Kontrollen von sogenannten Problemimmobilien statt. Vor Ort waren unter anderem NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach, NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann sowie der Dortmunder Oberbürgermeister Alexander Kalouti.

Nach Angaben der Landesregierung und der beteiligten Behörden sollten insbesondere Baumängel, Verstöße gegen Wohn- und Sicherheitsvorschriften sowie Fälle von Mietwucher aufgedeckt werden, um Menschen in prekären Lebenssituationen besser vor Ausbeutung zu schützen.

Die Kontrollen in Dortmund waren Teil einer länger geplanten landesweiten Aktion in mehreren nordrhein-westfälischen Kommunen, darunter Essen, Duisburg, Krefeld, Leverkusen und Wuppertal. Medienberichten zufolge waren mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter städtischer Behörden sowie der Bundesagentur für Arbeit im Einsatz.

Gerade bei derartigen Einsätzen in bewohnten Immobilien ist jedoch davon auszugehen, dass sich dort auch Kinder und Jugendliche aufhalten können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wurde bei der Planung der Kontrollaktion in der Dortmunder Nordstadt berücksichtigt, dass sich Kinder und Jugendliche in den kontrollierten Räumlichkeiten aufhalten könnten?
2. Wenn ja: Welche konkreten Vorkehrungen wurden für diesen Fall getroffen? (Bitte Maßnahmen einzeln auflisten.)
3. Wurden das Jugendamt der Stadt Dortmund und/oder psychologische Fachkräfte eingebunden?
4. Wenn ja: Zu welchen Zeitpunkten erfolgte die jeweilige Benachrichtigung?

Datum des Originals: 26.05.2026/Ausgegeben: 27.05.2026

Volkan Baran
Anja Butschkau
Nadja Lüders
Dr. Dennis Maelzer
Ralf Stoltze